S. 87 / Nr. 20 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht (d)

BGE 76 III 87

20. Auszug aus dem Entscheid vom 8. November 1950 i. S. Schwörer.

Seite: 87

Regeste:

Widerruf einer betreibungsamtlichen Verfügung während der Beschwerdefrist: ist an keine Form gebunden und kann auch einem Dritten zu Handen eines Beteiligten mitgeteilt werden. Art. 17 SchKG. Erw. 1 Abs. 1.

Wirkung des Widerrufs. Erw. 1 Abs. 2.

Widerspruchsverfahren Für die Anwendung der Art. 106/7 oder 109 SchKG sind in der Arrestbetreibung die Gewahrsamsverhältnisse zur Zeit der Arrestlegung massgebend, auch wenn erst bei der Pfändung eine Drittansprache erhoben wird. Art. 275 SchKG. Erw. 2.

Décision de l'office des poursuites évoquée durant le délai de plainte: la révocation n'est assujettie à aucune forme déterminés et peut être communiquée à un tiers pour le compte d'un intéressé. Art. 17 LP (consid. 1 al. 1).

Effet de la révocation (consid. 1 al. 2).

Procédure de tierce opposition. Pour l'application des art. 106/107 ou 109 LP en matière de séquestre, ce sont les circonstances existant au moment du séquestre qui font règle, même si la revendication du tiers n'a été formulée qu'au moment de la saisie. Art. 275 (consid. 2).

Decisione dell'ufficio d'esecuzione revocata durante il termine di reclamo: la revoca non è vincolata a forma alcuna e può essere comunicata anche ad un terzo per conto di un interessato. Art. 17 LEF (consid. 1 cp. 1).

Effetto della revoca (consid. 1 cp. 2).

Procedura di rivendicazione. Per l'applicazione degli art. 106/107 o 109 LEF, in materia di sequestro, sono determinanti le circostanze esistenti al momento del sequestro, anche se il terzo abbia fatto valere la rivendicazione solo all'atto del pignoramento. Art. 275 LEF (consid. 2).

Aus dem Tatbestand:

A. - Schwörer liess am 8. Juli 1949 für eine Verlustscheinsforderung gegen Hümbeli ein auf dem Flugplatz Spreitenbach eingestelltes Flugzeug arrestieren. Im Mai 1950 wurde das Flugzeug requisitionsweise bei Dätwyler in Dietikon gepfändet, der Eigentumsansprache erhob.

B. - Das Betreibungsamt Spreitenbach leitete das Widerspruchsverfahren nach Art. 106-107 SchKG ein, mit Klagefristansetzung vom 5./6. Juni 1950 an den Drittansprecher Dätwyler. Auf dessen Veranlassung besprach das Betreibungsamt Dietikon die Angelegenheit am 15. Juni

Seite: 88

1950 mit dem Betreibungsbeamten von Spreitenbach, der erklärte, «dass er diesen Irrtum sofort richtig stellen und umgehend dem Gläubiger Klagefrist ansetzen werde».

C. - Da die zugesagte neue Fristansetzung unterblieb, führte Dätwyler am 5. August Beschwerde. Während die untere Aufsichtsbehörde die Beschwerde als verspätet zurückwies, bezeichnete die obere Aufsichtsbehörde in ihrem Entscheide vom 13. Oktober 1950 die Unterlassung der zugesicherten neuen Fristansetzung als Rechtsverweigerung. Sie urteilte angesichts der als klar erachteten Sachlage auch ohne weiteres über den Beschwerdeantrag, indem sie ihn guthies und das Betreibungsamt zur Klagefristansetzung nach Art. 109 an den betreibenden Gläubiger anwies.

D. - Diesen Entscheid zieht der Gläubiger an das Bundesgericht weiter, mit dem Antrag, die Beschwerde des Drittansprechers sei als verspätet zurückzuweisen.

Aus den Erwägungen --

1.- War der Drittausprecher nicht willens, die ihm nach Art. 107 SchKG angesetzte Klagefrist gelten zu lassen, so konnte er binnen zehn Tagen, also bis zum 16. Juni, Beschwerde führen. Mit Recht hält aber die kantonale Aufsichtsbehörde dafür, Dätwyler habe zu solchem Vorgehen keine Veranlassung mehr gehabt, nachdem das Betreibungsamt Spreitenbach demjenigen von Dietikon zu seinen Händen am 15. Juni erklärt hatte, es wolle die beanstandete Verfügung (von sich aus) richtigstellen und durch eine Klagefristansetzung nach Art. 109 SchKG an den Gläubiger ersetzen. War auch für die neue wie für die frühere Klagefristansetzung ein eingeschriebener Brief erforderlich (Art. 34 SchKG), so enthielt doch die erwähnte Erklärung mindestens den Widerruf jener früheren, im Sinne von Art. 107 getroffenen Massnahme. Es ist längst anerkannt, dass das Betreibungsamt eine von ihm getroffene Verfügung widerrufen kann, solange sie der Anfechtung durch Beschwerde unterliegt (und zwar nach der

Seite: 89

neuern Rechtsprechung auch dann, wenn eine Beschwerde bereits eingereicht ist, BGE 67 III 163). Solcher Widerruf ist an keine Form gebunden. Er kann mündlich, auch telephonisch erfolgen. Es genügt, dass er zu Händen eines Beteiligten ausgesprochen werde, und geschehe dies auch durch Mitteilung an einen Dritten, wie im vorliegenden Falle laut Bescheinigung des Betreibungsbeamten Dietikon eben am 15. Juni 1950.

Durch diesen Widerruf war die Fristansetzung vom 5./6. Juni aufgehoben. Kann das Betreibungsamt Spreitenbach nachträglich zur Ansicht, es habe dem Amte von Dietikon voreilig zugestimmt, es sei also das nach Art. 106-107 SchKG eingeschlagene Verfahren doch das richtige, so hatte es eine neue Fristansetzung im gleichen Sinne vorzunehmen. Indem es einfach untätig blieb, beging es (nicht nur gegenüber dem Drittsprecher, sondern auch gegen -über den andern Beteiligten, nämlich dem Schuldner und dem betreibenden Gläubiger) eine Rechtsverweigerung, die jederzeit durch Beschwerde gerügt werden konnte.

2.- Ist insoweit der vorinstanzlichen Entscheidung beizustimmen, so erscheint nun aber die Sache selbst nicht spruchreif. Die kantonale Aufsichtsbehörde ging offenbar von den Gewahrsamsverhältnissen zur Zeit der Pfändung aus. Damals befand sich das Flugzeug in der Tat beim Drittsprecher in Dietikon. Und grundsätzlich ist der Zeitpunkt des Pfändungsvollzuges ja gewiss massgebend (BGE 58 III 183). Damit ist jedoch vor allem gesagt, dass spätere Änderungen belanglos sind. Beruht die Pfändungsbetreibung auf einer Arrestlegung, so ist auf den Zeitpunkt der letztem abzustellen. Denn diese führt die Sicherungswirkungen der Pfändung zum voraus herbei. Übrigens ist das Widerspruchsverfahren normalerweise schon im Anschluss an die Arrestlegung durchzuführen (Art. 275 SchKG). In BGE 47 III 7 -8 ist denn auch gesagt, es komme auf die «Zeit der Pfändung bzw. Arrestlegung» an. Das ist natürlich nicht im Sinn eines Wahlrechtes zu verstehen. Vielmehr muss im Falle der Arrestlegung deren Zeitpunkt

Seite: 90

für die Gewahrsamsfrage und die sich danach richtende Parteirollenverteilung im Widerspruchsverfahren massgebend bleiben. Entscheidend ist somit der Zeitpunkt, in dem für den Gläubiger eine betreibungsrechtliche Beschlagnahme vollzogen wurde, sei es nun definitive oder bloss provisorische Pfändung oder allenfalls eine vorausgehende Arrestlegung (wie übrigens auch eine andere Mt der Beschlagnahme Ausgangspunkt des Widerspruchsverfahrens sein kann: Aufnahme eines Retentionsverzeichnisses. BGE 32 I 758 Sep.-Ausg. 9 S. 341